

# **N I E D E R S C H R I F T**

**über die Sitzung des Ausschusses für Soziales**

**am 29.11.2006**

**Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden**

---

Vorsitz :Christian Diers

Anwesende Ausschussmitglieder

siehe Anlage 1

Ferner anwesend:

siehe Anlage 2

---

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der

Drucksachenlisten (DL)  
Nrn. 44/06, 45/06, 46/06, 47/06 und 48/06

(Drucksachenband 114 )

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigelegt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

**Beginn: 17:08      Uhr**

**Ende: 20:15    Uhr**

Vor Eintritt in die Tagesordnung fand die Bürgerfragestunde statt, in der sich

**Seite 2 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales am  
29.11.2006**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

- Vertreter/Vertreterinnen der Hartz-4-Plattform mit den folgenden Fragen an den Herrn Sozialdezernenten gewandt haben:
- 1) *Am 6. September habe ich Sozialausschuss und Sozialdezernent um Einleitung der notwendigen Schritte für ein 3 € Kulturticket sowie kostenlose Museums- und Büchereibesuche aufgefordert. Der Sozialdezernent hat entsprechende Bemühungen zugesagt. Zu welchem Ergebnis haben diese Bemühungen geführt? Und Wann können Hartz-IV-Berechtigte, Rentner und Asylbewerber mit diesem kostenneutralen Service rechnen?*
  - 2) *Sozialdezernent Hessenauer bietet in allen Hartz-IV-Filialen eine scheinbare Schnäppchen-Mobilitäts-Chance an – und zwar die um 30 % ermäßigte Monatskarte. Das ist eine zynische Mogelpackung: Denn Hartz-IV-Berechtigte müssen dafür 25,83 € mehr berappen, als das Hartz-IV-Budget mit 15,57 € tatsächlich erlaubt. Dieses für "Normal"-Verdiener scheinbare "Geiz ist Geil"-Angebot beträgt nämlich in Wahrheit 270 % des für Mobilität vorgesehenen "Regelsatz"-Anteils. Ich fordere den Sozialdezernenten auf, zu erklären, aus welchen Mitteln Hartz-IV-Berechtigte die 25,58 € finanzieren sollen? Ich frage den Sozialdezernenten, ob er bereit ist, diese Finanzierungslücke zu übernehmen, damit Hartz-IV-Berechtigte sich diese Monatskarte auch wirklich leisten können?*

sowie Frau Dr. Ulrike Schulte, Vorsitzende Stadteltererbeirat der Kindertagesstätte mit folgenden Fragen an den Ausschuss für Soziales wandte:

- 1) *Wie sieht die Planung für die nächsten Anhörungen bezüglich Kinderbetreuung aus? Sind die wichtigsten Themen, nämlich Gebühren- und Zuschussregelungen sowie Betreuung von Schulkindern (Angebot, Organisation innerhalb der Stadtverwaltung) vorrangig vorgesehen? Wie wird gewährleistet, dass keine weiteren Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung vor einer solchen Anhörung gefasst werden? Die Anhörung vom 10.11.2006 hat gezeigt, dass die Qualität der Arbeit in Wiesbadener Kindertagesstätten auf einem hohen Niveau ist. Jetzt geht es darum, die Rahmenbedingungen in Wiesbaden so zu gestalten, dass diese Qualität allen Kindern unabhängig vom Einkommen der Eltern zugute kommt. Darüber hinaus muss dringend die sinnvolle Betreuung von Schulkindern ausgebaut werden und müssen die organisatorischen Voraussetzungen bei der Stadt dafür geeignet sein.*
- 2) *Wie wird gewährleistet, dass alle Betroffenen und Beteiligten eingeladen werden? Zur Anhörung am 10.11.2006 haben nicht einmal alle Mitglieder des Sozialausschusses und dessen Unterausschüssen (Jugendhilfe, Kinder und Familie) eine Einladung erhalten. Die Vertreter/Vertreterinnen der Betroffenen (Verdi, SEB-KT, Elternbeiräte) wurden nicht bzw. sehr spät eingeladen. Eine öffentliche Ankündigung unterblieb. Bei folgenden Anhörungen sollte dies geschehen.*
- 3) *Wie wird gewährleistet, dass der Zeitpunkt einer solchen Anhörung so liegt, dass möglichst auch Berufstätige daran teilnehmen können? An einem Wochentag von 10 bis 14 Uhr kann kaum jemand Berufstätiges teilnehmen. Will man jedoch Betroffenen die Gelegenheit zur Teilnahme ermöglichen, muss eine solche Veranstaltung abends oder samstags stattfinden.*

**Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales am  
29.11.2006**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

4) *Wie wird gewährleistet, dass der Sozialausschuss tatsächlich und in repräsentativer Besetzung aktiv teilnimmt? Nur Vertreter/Vertreterinnen der Jamaika-Koalition waren vertreten. Auch diese waren über längere Zeiträume nicht im Raum. Eine Anhörung des Sozialausschusses sollte vom gesamten Gremium öffentlich sichtbar getragen und auch gestaltet werden.*

Die vorgenannten Fragen wurden nach ausführlicher Diskussion abschließend durch den anwesenden Herrn Stadtrat Hessenauer bzw. durch die Ausschussmitglieder beantwortet.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales am 01.11.2006 wurde genehmigt.

Tagesordnung siehe Anlage 3

Veröffentlichung siehe Anlage 4

Presseberichterstattung siehe Anlage 5

## **Tagesordnung I**

0123

### ***Tagesordnung***

einstimmig

1. Nachfolgend aufgeführte Tagesordnungspunkte der Tagesordnung I wurden abgesetzt und bis zur Sondersitzung des Ausschusses für Soziales am 15.12.2006 vertagt:

- TOP 5 betr. 06-V-51-0069 „Umsetzung des geplanten Landesförderprogramms BAMBINI“
- TOP 6 betr. 06-V-20-0060 „BAMBINI – Programm der Hessischen Landesregierung – Bericht zu den voraussichtlichen haushaltsrechtlichen Auswirkungen“
- TOP 13 betr. 06-F-25-0004 „Ferienspaß ohne Wartezeiten“
- TOP 14 betr. 06-V-51-0072 „Bedarfsgerechter Ausbau Ferienprogramm“
- TOP 19 betr. 06-F-25-0021 „Beratungsstelle für Männer und Jungen in Wiesbaden“

**Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales am  
29.11.2006**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

2. Der Tagesordnungspunkt 16 der Tagesordnung I

betr. 06-V-01-0025 „Jahresgespräch im Rahmen der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Soziales mit dem Arbeitskreis der Wiesbadener Behinderten-organisationen und Interessengemeinschaft Behinderter am 01.11.2006 – TOP 2.3“

wurde bis nach den Gesprächen mit den Arbeitskreisen der Wiesbadener Behinderten-organisationen zurückgestellt.

0126 06-A-16-0003  
**Eingaben von sozialen Einrichtungen und Institutionen**

Protokollnotiz - es erfolgte keine Abstimmung.

Zu dem Tagesordnungspunkt „Eingaben von sozialen Einrichtungen und Institutionen“ lagen keine Eingaben vor.

0127 06-F-01-0125  
**HSK/Unterstützung der Landeshauptstadt Wiesbaden für ihr Krankenhaus**

*Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 22.11.2006*

*Um sich an der Zukunftssicherung des kommunalen Krankenhauses, den Dr.-Horst-Schmidt-Kliniken (HSK), zu beteiligen und um ein Signal an die Beschäftigten des Hauses zu senden, verzichtet die Landeshauptstadt Wiesbaden bis auf weiteres auf die Erbpachtzahlungen der HSK an die Stadt.*

*Begründung:*

*Mit dem Verzicht auf die Erbpachtzahlungen würde die Landeshauptstadt Wiesbaden den sofortigen Spardruck bei den HSK abmildern, bis ein Sanierungskonzept greift. Die rund 600.000 Euro Erbpacht jährlich wären zudem ein Signal an Klinikleitung und Mitarbeiter, dass die Landeshauptstadt Wiesbaden bereit ist, ihr Interesse am Erhalt der HSK als städtisches Krankenhaus auch durch materielle Unterstützung zu bekräftigen.*

4 Ja-Stimmen (SPD/Lili) und 8 Nein-Stimmen (CDU/FDP/Grüne)

Der Antrag der SPD-Fraktion vom 22.11.2006 wurde abgelehnt.

0128 06-F-01-0124  
**Anhörung des Sozialausschuss zum Thema Kinderbetreuung**

**Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales am  
29.11.2006**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

*Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 22.11.2006*

*Der Sozialausschuss nimmt erfreut zur Kenntnis, dass die Anhörung am 10. November 2006 gut besucht war und auf Interesse bei Eltern und Beschäftigten stieß.*

*Der Sozialausschuss bedauert, dass die Anhörung am 10. November nicht ausreichend in den Medien und der Öffentlichkeit angekündigt wurde, es wurde unterlassen in den städtischen Veröffentlichungen („Rathausnachrichten“) auf die Veranstaltung hinzuweisen. Eine Presseankündigung des Sozialausschusses gab es nicht, auch Plakate/Handzettel wurden nicht verteilt.*

*Der Sozialausschuss bedauert ebenfalls, dass interessierte Kreise (Runder Tisch für eine gute Kindertagesbetreuung in Wiesbaden, Stadteltererbeirat) gar nicht oder nur verspätet zur Anhörung eingeladen wurden.*

*Der Sozialausschuss begrüßt das Ansinnen, die Anhörung als Auftaktveranstaltung zu einer Veranstaltungsreihe zur Kinderbetreuung in Wiesbaden zu begreifen.*

*Der Sozialausschuss bedauert, dass auf dem Podium, hinter den Experten, nicht Mitglieder aller im Sozialausschuss vertretenen Fraktionen saßen, sondern lediglich Mitglieder dreier Fraktionen.*

*Der Sozialausschuss nimmt erfreut zur Kenntnis, dass nicht nur die aus Wiesbaden stammenden, sondern gerade die von auswärts kommenden Experten die Standards zur Kinderbetreuung in Wiesbaden als sehr hoch, positiv und nachahmenswert bezeichnet haben.*

*Der Sozialausschuss schließt sich dem Lob der Experten an und bewertet die Standards zur Kinderbetreuung in Wiesbaden als hoch. Der Sozialausschuss dankt allen Beteiligten für ihr Engagement und ihren hohen professionellen und persönlichen Einsatz.*

*Der Sozialausschuss schlägt als Themen für die nächste Anhörung, die noch vor den Osterferien 2007 stattfinden sollte, die Frage der Gebühren für den Besuch in Kinderbetreuungseinrichtungen sowie den Aspekt der Schulkinderbetreuung (Schulsozialarbeit, Betreuende Grundschule) vor. Eine Entscheidung des Stadtparlaments zu diesen Themenfeldern sollte nicht herbeigeführt werden, bis die Ergebnisse dieser Anhörung vorliegen.*

*Aus den Ergebnissen der ersten Anhörung ergibt sich auch, dass die bisherige, von allen Experten gelobte, Organisationsstruktur der gesamten Kinderbetreuung in Wiesbaden beibehalten werden muss und sich an der bewährten, allseits gewürdigten und anerkannten Arbeit nichts ändert.*

4 Ja-Stimmen (SPD/Lili) und 8 Nein-Stimmen (CDU/FDP/Grüne)

Der Antrag der SPD-Fraktion wurde abgelehnt.

0129 06-V-51-0065  
**Sofortprogramm "Mehr Kita-Zeit für Kinder";  
Erste Schritte zur Umsetzung des Programms**

**Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales am  
29.11.2006**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

einstimmig

1. Die Ziffern 1, 2 und 4 des Magistratsbeschlusses Nr. 1038 vom 21.11.2006 wurden antragsgemäß beschlossen.
2. Die Ziffer 3 des Magistratsbeschlusses Nr. 1038 vom 21.11.2006 wurde um folgenden Zusatz unter Ziffer 5 ergänzt:

Der Magistrat (VI/51) wird beauftragt, zum Punkt 3 des Magistratsbeschlusses Nr. 1038 vom 21.11.2006 eine Kostenkalkulation in Form einer Beispielrechnung für die Versorgung von 10 Kindern in Notfallsituationen zu erstellen und dem Ausschuss für Soziales vorzulegen.

0130 06-V-51-0069

***Umsetzung des geplanten Landesförderprogramms BAMBINI***

einstimmig

1. Die Beratung und Beschlussfassung der Sitzungsvorlage Nr. 06-V-51-0069 betr. „*Umsetzung des geplanten Landesförderprogramms BAMBINI*“ wurde bis zur Erledigung der unter Ziffer 2 geforderten Auskünfte bis zur Sondersitzung des Ausschusses für Soziales am 15.12.2006 zurückgestellt.
2. Der Magistrat (VI/51) wurde um schriftliche Stellungnahme zu den nachfolgend aufgeführten Punkten 2.1 und 2.2 gebeten:

2.1 Aufgrund der Anlage 1, Seite 1, Punkt 1 der Sitzungsvorlage Nr. 06-V-51-0069 (Kinder unter 3 Jahren) ist die Zahl der Kinder in den Krippen, KGG, in Kindertagespflegeplätzen zu benennen zuzüglich des Betrages, der der Stadt nach der neuen Kindesförderung zustehen würde.

2.2 Überprüfung der Spalten 3 und 9 der Anlage 2 zur Sitzungsvorlage, da die Zahlen nicht korrekt sind und deshalb auch die Beträge in der Spalte 14 sowie die Herleitung der Einsparungen neu dargestellt werden müssten.

0131 06-V-20-0060

***„BAMBINI“- Programm der Hessischen Landesregierung - Bericht zu den voraussichtlichen haushaltsrechtlichen Auswirkungen***

einstimmig

1. Der Beratung und Beschlussfassung des Magistratsbeschlusses Nr. 1050 vom 28.11.2006 betr. „*BAMBINI – Programm der Hessischen Landesregierung – Bericht zu den voraussichtlichen haushaltsrechtlichen Auswirkungen*“, wurde bis zur Vorlage der Änderungen zur SV 06-V-51-0069 betr. „*Umsetzung des geplanten Landesförderprogramms BAMBINI*“ ebenfalls zurückgestellt.
2. Der Magistrat (III/20) wurde gebeten, die aufgezeigten Einnahmen ebenfalls noch einmal auf ihre Richtigkeit zu überprüfen.

**Seite 7 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales am  
29.11.2006**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

0132 06-V-51-0066  
***Kinder in den Mittelpunkt - Zwischenbericht November 2006***

Einstimmig

1. Die Ziffern 1 – 5 des Magistratsbeschlusses Nr. 1067 vom 28.11.2006 wurden antragsgemäß beschlossen.
2. Unter Ziffer 6 wurde der Magistratsbeschluss um folgenden Zusatz durch den Ausschuss für Soziales ergänzt:

Der Magistrat (VI/51) wurde gebeten, dem Ausschuss ein Beispiel für die kalkulatorischen Kosten eines Kita-Neubaus zur Verfügung zu stellen und gleichzeitig auch die Kosten pro Kind darzustellen.

0133 06-V-51-0068  
***Bezuschussung 2006 des Kinder- und Beratungszentrums Sauerland in Trägerschaft der Evangelischen Erlöserkirchengemeinde***

einstimmig

Antragsgemäße Beschlussfassung.

0134 06-V-51-0063  
***Umstrukturierung der Kindertagesstätten der IfB***

einstimmig

Antragsgemäße Beschlussfassung.

0135 06-A-16-0012  
***Elterninitiative Momo e.V., Umzug und Erweiterung der Kindertagesstätte***

einstimmig

Antragsgemäße Beschlussfassung.

0136 06-V-51-0070  
***Elterninitiative Momo e. V. , Umzug und Erweiterung der Kindertagesstätte***

einstimmig

Antragsgemäße Beschlussfassung.

**Seite 8 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales am  
29.11.2006**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

0137 06-V-51-0062  
**Finanzierung der Kindertagesstätten in kirchlicher Trägerschaft/Mehrbedarf ab  
2007 ff**

SV: 8 Ja-Stimmen (CDU/FDP/Grüne) und 4 Enthaltungen  
(SPD/Lili) +

Antragsgemäße Beschlussfassung der Sitzungsvorlage.

*Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 29.11.2006:*

*Die Deckung des finanziellen Mehrbedarfs soll aus den Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer  
erfolgen.*

Ablehnung des Änderungsantrages: 4 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen

0138 06-F-25-0004  
**Ferientag ohne Wartezeiten**  
-Beschluss des Ausschusses für Soziales Nr. 0053 vom 21.06.2006

einstimmig

Die Beratung und Beschlussfassung des Tagesordnungspunktes 13 der TO I betr. "*Ferientag ohne  
Wartezeiten*" wurde abgesetzt und auf die Tagesordnung der Sondersitzung des Ausschusses für  
Soziales am 15.12.2006 vertagt.

0139 06-V-51-0072  
**Bedarfsgerechter Ausbau Ferienprogramm**

einstimmig

Der Tagesordnungspunkt 14 der Tagesordnung I betr. "*Bedarfsgerechter Ausbau Ferienprogramm*"  
wurde abgesetzt.

0140 06-V-51-0073  
**Schutzauftrag umsetzen - Kindern frühstmöglich helfen**

einstimmig

Antragsgemäße Beschlussfassung.

0141 06-V-01-0025



Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

***Jahresgespräch im Rahmen der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für  
Soziales mit dem Arbeitskreis der Wiesbadener Behindertenorganisationen und  
Interessengemeinschaft Behinderter am 01.11.2006 - TOP 2.3***

*Änderungsantrag der Fraktion Linke Liste vom 28.11.2006*

*Der Beschlussvorschlag zur Vorlage 06-V-01-0025 wird wie folgt ergänzt:*

*Der Magistrat wird beauftragt, die geforderte mobile Höranlage mit einem Sender und 10 Funk-  
Empfängern zzgl. Zubehör anzuschaffen und einen Deckungsvorschlag für die Finanzierung zu  
machen, die nicht zu Lasten des Sozialdezernates geht.*

Die Beratung und Beschlussfassung über

- den Vorschlag der Fraktionen von CDU, FDP und Grüne „**Installierung einer Höranlage für Hörgeschädigte im Stadtverordnetensitzungssaal**“ als auch
- den Änderungsantrag der Fraktion Linke Liste vom 28.11.2006

wurden vertagt und erst nach den Gesprächen mit dem Arbeitskreis der Wiesbadener Behindertenorganisation und der Interessengemeinschaft Behinderter erneut beraten.

10 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme (Lili)

0142 06-V-51-0018  
***Wiesbadener Geschäftsbericht SGB II, 4. Quartal 2005, Stand 31.12.2005***

einstimmig

Antragsgemäße Beschlussfassung.

0143 06-V-51-0071  
***Hartz IV, Auswirkungen des Fortentwicklungsgesetzes***

einstimmig

Antragsgemäße Beschlussfassung.

0144 06-F-25-0021  
***Beratungsstelle für Männer und Jungen in Wiesbaden***

*Antrag der Fraktionen der CDU, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und der FDP:*

*Für das Projekt „Beratungsstelle für Männer und Jungen in Wiesbaden“ werden 30 000 Euro dem Institut für Erziehungshilfe e.V. zur Verfügung gestellt.*

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

Der Tagesordnungspunkt 19 der TO I betr. "Beratungsstelle für Männer und Jungen in Wiesbaden" wurde abgesetzt.

einstimmig

0145 06-F-25-0039

**Gerichtsentscheidungen zu Hartz- IV**

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis90/DIE GRÜNEN und FDP vom 22.11.2006  
Vorbemerkung

*Das Bundessozialgericht hat vor wenigen Wochen erstmals in mehreren Entscheidungen die Ansprüche von Hartz-IV-Empfängern präzisiert. Dies betrifft:*

*Suche nach angemessener Wohnung (Az.: B 7b AS 10/06 R)  
Zusätzliche Leistungen wegen der Ausübung des Umgangsrechts mit Kindern (vgl. Az.: B 7b AS 14/06 R) Anspruch auf Arbeitslosengeld II trotz Eigentumswohnung (vgl. Az.: B 7b AS 2/05 R)*

*Mit allen drei Entscheidungen wurden die Urteile der unteren Instanzen aufgehoben und die Streitigkeiten zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an die zuständigen Gerichte zurückverwiesen. Das Sozialgericht hat mit seinen Urteilen die Rechte von Hartz-IV-Empfängern gegenüber den Behörden in einigen Punkten gestärkt, indem es vor allem individuellere Einzelfallprüfungen einfordert.*

*Aus diesem Grund bittet der Sozialausschuss den Magistrat zu berichten:*

*Wie wurde in Wiesbaden bisher in diesen oder vergleichbaren Fällen entschieden?  
Ist auf Grund der Urteile des Bundessozialgerichts in Wiesbaden mit ähnlichen Klagen zu rechnen?*

*Hat die Stadt Wiesbaden bereits Maßnahmen ergriffen, welche die Entscheidungen des Bundessozialgerichts berücksichtigen? Werden zukünftig andere Maßstäbe und Kriterien als Entscheidungsgrundlage herangezogen?*

*Welche Rechtsprechung hat es darüber hinaus im Bereich von Hartz-IV gegeben, die Auswirkungen auf die Arbeit der Wiesbadener Sozialverwaltung hatten?*

*Auf welche Bereiche haben sich bisherige Klagen von Hartz-IV-Empfängern gegen die Stadt Wiesbaden bezogen?*

einstimmig

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 22.11.2006 wurde zugestimmt.

0146 06-F-25-0040

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

**Teen Courts**

*Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 22.11.2006*

*Der Magistrat wird gebeten, zu dem Projekt „Teen Courts“, welches die Landeshauptstadt Wiesbaden seit einem Jahr für die Landesregierung als Modellprojekt durchführt, einen Sachstandsbericht zu liefern und das Projekt zu evaluieren. Die Evaluation möge, wenn möglich, Stellungnahmen der beteiligten Staatsanwaltschaft, des Gremienbetreuers, der Gremiumsteilnehmer sowie der betroffenen jugendlichen Täter beinhalten.*

einstimmig

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 22.11.2006 wurde zugestimmt.

150 06-F-25-0020

***Weiterentwicklung des Konzepts “Mobiler Dienst für Eingliederungshilfen in Kindertagesstätten” – Sicherstellung der Integration von behinderten Kindern bei allen Kindertagesstättenträgern in Wiesbaden***

*Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 29.11.2006.*

*Der Magistrat (Dezernat VI) wird weiterhin beauftragt, nach einer geeigneten Lösung zu suchen.*

1. Der Bericht des Magistrats (Dezernat VI) wurde zur Kenntnis genommen.
2. Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 29.11.2006 wurde angestimmt.

0147 06-A-16-0001

***Bericht des Sozialdezernenten über aktuelle Entwicklungen und Vorhaben***

Protokollnotiz - es erfolgte keine Abstimmung.

Herr Stadtrat Hessenauer gab zur Kenntnis, dass bezüglich der “Vergabe der Tronc-Mittel aus 2005” ein Terminvorschlag zwecks Besprechung an die Fraktionen ergehen würde.

0149

***Verschiedenes***

Protokollnotiz - es erfolgte keine Abstimmung.

Unter dem Tagesordnungspunkt 23 der TO I “Verschiedenes” lagen keine Wortmeldungen vor, die zu einem Beschluss führten.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

## Tagesordnung II

0124 06-V-67-0037  
**Genehmigung von außerplanmäßigen bzw. überplanmäßigen Ausgaben für das  
Bauprogramm Kinderspielplätze in Wiesbaden und AKK 2004/2005**

einstimmig

Antragsgemäße Beschlussfassung.

0125 06-V-51-0060  
**Perspektiven für Hauptschüler/innen in Kooperation mit Unternehmen**

einstimmig

Antragsgemäße Beschlussfassung.

Anlagen

Wiesbaden, . Dezember 2006

Der Vorsitzende

Die Schriftführerin

D i e r s

H a h n